



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

P/X/122 - 28.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Protestwelle gegen Schlüter	S. 1
SED-Werben um westdeutsche Kommunalpolitiker	S. 2
Zur WDR-Intendantenwahl	S. 3
Das Ergebnis der britischen Wahlen	S. 4

Das Beispiel von Göttingen

C.G. Als im Jahre 1837 der neue König von Hannover die Verfassung seines Landes ausser Kraft setzte, erhoben sieben Professoren der Göttinger Universität gegen diesen Willkürakt Einspruch. Sie mussten diesen Protest mit der Entlassung aus ihrem Lehramt bezahlen. Aber die Freiheit stand ihnen höher, lieber gingen sie ins Exil, als dass sie dem Unrecht schweigend zugesehen hätten.

Das Verhalten der "Göttinger Sieben", unter denen hervorragende Gelehrte wie die Brüder Grimm, der Literaturwissenschaftler Gervinus und der Historiker Dahlmann waren, gilt seitdem als Beispiel für Unerschrockenheit und Zivilcourage gegenüber den Mächtigen dieser Welt. Wie oft ist beklagt worden, dass sich der überwiegende Teil der deutschen Intelligenz fast hundert Jahre später nicht im gleichen Geist gegen Unrecht und Terror zur Wehr setzte. Heute neigen viele dazu, die Tat der Göttinger Sieben zwar lobend anzuerkennen, im gleichen Atemzug aber bedauernd zu erklären, dass sich im 20. Jahrhundert, in dem jeder Einzelne unrettbar irgendeinem Apparat oder einem Kollektiv verhaftet sei, ein derartiges Ereignis nicht wiederholen könne. Der Drang nach Gunst und Sicherheit sei heute eben stärker als das Streben nach Freiheit - auch bei Professoren und Studenten.

Senat und Studentenrat der Universität Göttingen haben in diesen

Tagen alle Skeptiker beschämt. Aus Protest gegen die Berufung eines erklärten Feindes der Demokratie und Verbreiters nazistischer Gedanken, des FDP-Abgeordneten Leonhard Schlüter, zum niedersächsischen Kultusminister haben der Rektor und die übrigen Mitglieder des Senats der Göttinger Universität ihre akademischen Ehrenämter niedergelegt. Der Studenterrat hat aus dem gleichen Grunde die Studenten aufgefordert, den Vorlesungen fernzubleiben. Professoren und Studenten anderer niedersächsischer Hochschulen sind inzwischen dem Göttinger Beispiel gefolgt.

Alle, denen es um die Bewehrung und Festigung der Demokratie in Deutschland ernst ist, sollten - über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg - diesem mutigen Schritt rückhaltlos zustimmen. Jede Koalitionsarithmetik findet ihre Grenze an den Gesetzen menschlicher und politischer Sauberkeit im öffentlichen Leben, diese Lehre sollte jeder Politiker in der Bundesrepublik künftig aus den Ereignissen in Göttingen ziehen. Die Welt aber soll zur Kenntnis nehmen, dass es nach all dem Furchtbaren, das von Deutschland über die Welt hereingebrochen ist, nunmehr in Deutschland Menschen gibt, die entschlossen sind, eine Wiederholung des Weges in die Katastrophe zu verhindern. Dazu ist es notwendig, schon den Anfängen zu widerstehen. Die Berufung Leonhard Schlüters zum niedersächsischen Kultusminister ist ein solcher Anfang!

+ + +

Auf Schwindelfang

sp. Am 3. bis 5. Juni findet in Dresden ein Städtetag der Bürgermeister der sowjetischen Besatzungszone statt. Einberufer ist der Oberbürgermeister von Dresden, jener grausam zerstörten Stadt, in der für den Wiederaufbau am wenigsten getan wurde - abgesehen von den Bauten, die für die sowjetrussische Besatzungsmacht errichtet werden mußten.

Diese Tagung fällt in die Reihe der Bemühungen des SED-Regimes, auf dem Umweg über anscheinend überparteiliche Veranstaltungen in direktem Kontakt mit den entsprechenden westdeutschen Stellen zu kommen. Diesmal sollen die Kommunalpolitiker der Bundesrepublik die Staffage für eine SED-Propagandaaktion abgeben. Der Dresdener Städtetag steht ganz im Zeichen des Kampfes "gegen die Remilitarisierung und der Wiederherstellung der deutschen Einheit," wie ihn auf ihre Weise eben die Kachthaber Pankows verstehen. Nicht umsonst haben Pieck und die Mitglieder des SED-Zentralkomitees ihren Segen dazu gegeben. Diese Rolle eines Bannerträgers der deutschen Einheit steht jedoch den Profiteuren der deutschen Spaltung schlecht zu. Jeder westdeutsche Teilnehmer, der in gutem Glauben an dieser Tagung teilnehmen sollte, kann sicher sein, dass er von den Veranstaltern politisch missbraucht und schliesslich gegen seine eigenen Freunde in der Bundesrepublik ausgespielt wird. Dazu werden sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker nicht hergeben.

* * *

So geht es nicht!

J.F.W. Auf den Tag genau zwölf Wochen nach seiner eigenen Konstituierung hat der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks jetzt den alten Intendanten des NWDR Köln zum neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Köln gewählt. Hans Hartmann verwandelt sich aus einem von der Hamburger Generaldirektion angestellten in einen von den nordrhein-westfälischen Rundfunkinstanzen gewählten Intendanten. Reichlich ein Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes, das den WDR aus dem NWDR herauslöste, ist mit dieser Wahl der Aufbau der Organe der neuen Anstalt abgeschlossen worden. Die Ungewissheit um die Person des neuen Intendanten, die den Arbeitsgeist im Kölner Funkhaus nicht verbesserte, ist endlich beseitigt.

Die Begleitumstände dieser Wahl allerdings drohen die Atmosphäre im Kölner Funkhaus noch nachwirkend zu vergiften. Die Verantwortung hierfür tragen Kräfte der parteipolitischen Kulisse, die mit Methoden, deren Kennzeichnung wir uns versagen wollen, die Wahl Hartmann's zu verhindern suchten. Es ist das gute Recht jeder Zeitung, vor einer so wichtigen Wahl die Dignität der Kandidaten, die sich bewerben oder vorgeschlagen werden, kritisch zu untersuchen. Nicht nur die "Kölnische Rundschau" sondern auch Blätter anderer Parteirichtung haben von diesem Recht in den letzten Wochen vollen Gebrauch gemacht.

Etwas anderes ist es aber, wenn ein Verleger und Journalist am Tage vor der Intendantenwahl mit angeblichem Geheimmaterial den Wahlausgang zu beeinflussen versucht, wie dies Herr Heinen tat. Das emsige Sammeln von "belastendem Material" gegen politisch oder persönlich unbequeme Personen in der Absicht, aus diesen unappetitlichen Zutaten ein Gift zu brauen, in das dann die Pfeile getaucht werden, die den Gegner im geeigneten Augenblick hinterrücks abschießen sollen, ist langsam zu einer deutschen Krankheit geworden. Wäre es dem Kölner ODU-Verleger Heinen um eine sachliche Aufhellung gegangen, dann hätte er seine Beweise für Hartmann's angebliche Konspiration mit den Sowjets während der ersten Nachkriegsjahre in dem Augenblick den zuständigen Stellen vorlegen müssen, als er sie in die Hände bekam. Auch bisher war ja Hartmann schon Intendant des NWDR und damit

von genügender Bedeutung, um eine sofortige Klärung von Vorwürfen gegen seine Person zu einer Forderung des öffentlichen Interesses zu machen. Stattdessen hielt Herr Heinen sein Material aus taktischen Gründen bis zur letzten Minute zurück, nicht ohne unter der Hand auf die kommende Aktion hinzuweisen. Solche Methoden disqualifizieren den Mann, der sie anwendet ebenso wie das Anliegen, für das sie eingesetzt werden.

Man kann Hartmann's Wahl begrüßen oder bedauern; die Aktion, die sie verhindern sollte, schadet nicht nur dem WDR, sondern unserem gesamten öffentlichen Leben.

+ + +

Geringere Wahlbeteiligung gab den Ausschlag

J.M. London

Die allgemeinen Wahlen in Grossbritannien haben mit einem Sieg der konservativen Regierung geendet. Mit 345 Sitzen wird die Regierung eine sichere Mehrheit im Unterhaus haben. Eine Analyse des Erfolges der Konservativen muss die folgenden Punkte in den Mittelpunkt stellen:

1. Die Tatsache, dass der Anteil der Wähler, die ihr Wahlrecht ausübten, um 5 % fiel, von ungefähr 82 % auf 77 %. Dies schadete der Labour-Party viel mehr als den Konservativen.
2. Die Vollbeschäftigung, die unter Labour-Regierung entwickelt worden war, ist in den letzten vier Jahren beibehalten worden. Es ist keine kennenswerte Arbeitslosigkeit irgendwo in Grossbritannien zu verzeichnen.
3. Die konservative Partei stellte an die Spitze ihrer Wahlthesen das Versprechen, für den Frieden zu arbeiten und auf dem Wege über eine sofortige Einberufung einer Vier-Mächtekonferenz mit der Sowjetunion für allgemeine Entspannung zu sorgen.
4. Das Prestige und allgemeine Ansehen des Premierministers Sir Anthony Eden, dessen ganze politische Laufbahn mit seiner Arbeit für den Völkerbund vor dem Krieg und jetzt für die Vereinigten Nationen eng verbunden ist.

Sir Anthony Eden wies besonders immer wieder auf seine Arbeit für Entspannung und friedliche Lösungen hin. Er eröffnete die konservative Wahlkampagne mit einer Radio-Ansprache, in der er sagte: "Mein ganzes Leben lang habe ich für den Frieden gearbeitet." Er beendete den Wahlkampf am Tage vor der Wahl in Clatham (Lancashire) mit einer Rede, in der er wiederum sagte: "Das allerwichtigste Moment in

unserer Politik ist Frieden! Grossbritannien genießt im Ausland grosses Ansehen weil wir seit Jahr und Tag ununterbrochen für den Frieden arbeiten."

Die Position der Labour-Party

Die Labour-Party hat ihre Position im Parlament ziemlich gut gehalten. 278 Labour-Abgeordnete (das sind ungefähr 44 % der gesamten Abgeordneten) werden eine sehr einflussreiche und die Politik mitbestimmende Macht im Parlament darstellen. Diese relative Stärke der Labour-Party wird einen mässigenden Einfluss auf die Konservativen haben und wird darüber hinaus die konservative Regierung vor dem Schicksal zu bewahren, von ihrem eigenen extremen rechten Flügel dominiert zu werden. Es ist demnach eine Fortsetzung der bisherigen gemässigt konservativen Innenpolitik zu erwarten.

Der wichtigste Aspekt der Niederlage der Labour-Party drückt sich jedoch aus in der ernstlich reduzierten Zahl der Labour-Stimmen. Fast überall im Lande ist der Anteil der Labour-Stimmen zurückgegangen. Im Jahre 1951 erhielt die Labour-Party 13 950 000 Stimmen; in dieser Wahl nur 12 400 000 Stimmen. Das ist ein Rückgang von 48,7 % im Jahre 1951 auf 46,5 % aller abgegebenen Stimmen. Diese Stimmen sind nicht auf die Konservativen übertragen worden, sondern stellen frühere Labour-Wähler dar, die zum grossen Teil diesmal nicht gewählt haben.

Es ist eine interessante Tatsache, dass trotz dieses allgemeinen Stimmverlustes die Labour-Party sich in einigen landwirtschaftlichen Gebieten sehr gut gehalten hat und sogar in der Grafschaft Norfolk einen Sitz gewonnen hat. Dagegen hat in vielen Industriegebieten eine Anzahl von Labour-Wählern diesmal nicht für die Labour-Party gestimmt. Man kann annehmen, dass manche dieser Industriearbeiter der Ansicht waren, dass die Politik der Labour-Party nicht klar genug präzisiert war. In anderen Worten: sie vermissten ein konkret umrissenes sozialistisches Programm, das Grossbritannien auf eine neue politische Zukunft hinführen würde. Man darf die Anzahl der Industriearbeiter, die durch diese Gedankengänge beeinflusst waren, nicht überschätzen; aber man darf auch nicht vergessen, dass gerade unter ihnen sich viele befinden, die in

den Wahlbezirken die Hauptarbeit im Wahlkampf auf sich nehmen.

Eden schwankte ein

Ein Aspekt der gerade beendeten Wahlkampagne ist von größter positiver Bedeutung und muss festgehalten werden: alle Parteien erkannten sehr früh den tiefen und ehelichen Wunsch der Wähler, friedliche Beziehungen zwischen Ost und West zu schaffen und sobald wie überhaupt möglich mit ernstern Unterhandlungen zwischen beiden Kräften-Gruppen zu beginnen. Die Labour-Party eröffnete den Wahlkampf mit der klaren Forderung nach einer sofortigen Vier-Mächte-Konferenz. Kurz bis vor dem Beginn des Wahlkampfes hatten die Konservativen sich sehr verächtlich und reserviert in dieser Frage verhalten, aber während der Wahlkampagne machte sich Sir Anthony Eden die Politik der Labour-Party in diesem Punkte vollkommen zu eigen. Er verlangte nicht nur mit lauter Stimme eine Vier-Mächte-Konferenz, sondern er bracht es fertig, in dringenden und schwierigen Unterhandlungen dem Präsidenten Eisenhower zu überzeugen, seine Teilnahme an einer solchen Konferenz fest zuzusagen.

Domit präsentierte er den britischen Wählern mitten im Wahlkampf einen dramatischen Erfolg, auf einem Gebiet, das, wie er genau den meisten Wählern sehr am Herzen lag. Hiermit bewies Sir Anthony seine echte politische Begabung: Es war nicht lautes und bombastisches Gerede über eine Politik der Stärke und Wasserstoffbomben, das er mit dem Mittelpunkt seiner Wahlkampagne machte. Nein, sein Meisterstück war der Appell an den tiefer Willen des britischen Volkes, den Kalten Krieg zwischen Ost und West zu beenden und ihn durch konkrete und wenn möglich freundschaftliche Beziehungen zu ersetzen. Diese kluge und erfolgreiche Wahltaktik des britischen Premierministers sollte man überall und besonders in Ausland genau verstehen, bevor man zu Meinungsaburteilungen über britische Politik kommt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rannau